Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 27 (1935)

Heft: 9

Artikel: Der Kampf gegen den Faschismus in Frankreich

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352769

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

113 Fällen Bussen von 50 Fr. und mehr ausgesprochen. Auffallend ist, dass in einzelnen Kantonen Gesetzesverletzungen oft mit derart lächerlich geringen Bussen geahndet werden, dass sie eher als Aufmunterungsprämie statt als Abschreckungsmittel wirken.

Der Vollzug des Gesetzes und der dazu gehörenden Erlasse stösst in der Zeit der wirtschaftlichen Depression naturgemäss auf erhöhten Widerstand. Umsomehr ist eine straffe Kontrolle notwendig, um den Bestimmungen des Gesetzes Nachachtung zu verschaffen. Sache der Kantone ist es, eigene Kontrollorgane zu schaffen, die an ihrem Orte zum Rechten sehen und die die eidgenössischen Fabrikinspektoren in ihrer nicht leichten Aufgabe wirksam unterstützen, damit die Wohltat des gesetzlichen Arbeiterschutzes allen in den Fabriken beschäftigten Personen zuteil wird.

Der Kampf gegen den Faschismus in Frankreich.

Aus Paris wird uns von gut orientierter Seite geschrieben:

Die Abwehrkräfte Frankreichs gegen den Ansturm der faschistischen Welle haben sich bisher als stark erwiesen. In dem Land der grossen Revolution steckt eine demokratische Tradition, ein freiheitliches Bewusstsein, das den meisten Nationen Zentral- und Osteuropas noch abgeht und dessen Fehlen ihre erste Begegnung mit der Demokratie für die Gegenwart zu einem vorübergehenden, für ihre Zukunft freilich nicht bedeutungslosen Ereignis gestempelt hat. Der Individualismus des Franzosen widersetzt sich der Ueberspannung der Staatsidee und fügt sich nur widerwillig selbst dem Verbandsgedanken; das sind keine günstigen Voraussetzungen für die Arbeit der faschistischen Ligen und Gruppen.

Aber auch die Nachkriegsentwicklung vermochte zunächst der faschistischen Bewegung keine stärkeren Antriebe zu geben. Für einen übersteigerten Nationalismus fehlten die Grundlagen in dem Volke, dessen aussenpolitisches Denken seiner Lage gemäss auf die Wahrung der Verträge, die Aufrechterhaltung des Friedens, die Schaffung kollektiver Sicherheit, die Formulierung von Kompromissen zur Schlichtung drohender Konflikte gerichtet sein musste. Die saturierte, jeder Revision des Bestehenden abholde konservative Nation erfasst bei dem Gedanken an politische Abenteuer ein jäher Schrecken.

Die französischen Mittelklassen haben den Krieg und die ihm folgende Währungskrise, die schliessliche Abwertung des Franc auf ein Fünftel seines Vorkriegswertes überstanden, ohne in ihrer Existenz bedroht und in ihrer Lebenshaltung wesentlich beeinträchtigt zu sein. Das ist bei der Bedeutung, die sie als tra-

gende Schicht des demokratischen Staates in Frankreich haben, von grosser Wichtigkeit. Der Grossbetrieb, die Massensiedlung, das Exportbedürfnis, der Arbeitsmarkt werfen in Frankreichs wohl proportionierter, in erster Linie auf den Binnenmarkt begründeter und zwischen Stadt und Land gut ausgeglichener Wirtschaft Probleme nicht in gleichem Ausmass auf, wie in den grossen Industriestaaten. Vorsicht und Zurückhaltung des Unternehmertums in Momenten der Prosperität bewahren vor allzu schweren Rückschlägen in Zeiten der Krise. Die ausgedehnte Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, vor allem für die schweren Arbeiten in Landwirtschaft, Steinindustrie, Bergbau und anderen mehr infolge der Stagnation der Bevölkerung (12% der Arbeiter waren in der letzten Hochkonjunktur Ausländer), die Bedeutung des Familienbetriebes und die Aufnahmefähigkeit der Bauernwirtschaft und des Handwerks für arbeitslose Industriearbeiter stellen starke innere Abwehrkräfte gegen die Rückwirkungen wirtschaftlicher Schwierigkeiten dar.

Der Mittelstand als Klasse hat schliesslich auch in den Nachkriegsjahren seine Sparfähigkeit bewiesen. Die Verminderung des Realwertes der Zinsen durch die Geldentwertung ist im Vergleich zur Vorkriegszeit durch die ständig wachsenden Beträge der in Wertpapieren angelegten Kapitalien, durch die Aufnahme der zahlreichen neuen Emissionen des Staates, der Post, der Eisenbahnen und der sonstigen öffentlichen Körperschaften ausgeglichen. Der Besitz an Renten und Sparkapitalien zieht sich in zahllosen feinen Verästelungen durch den gesamten Volkskörper bis tief in die Reihen der Arbeiterschaft und schafft ein individuelles Behelfsmittel zur Ueberwindung von momentanen Nöten des Absatzes oder der Erwerbslosigkeit. So ist Frankreich viel mehr ein kapitalistisches und bürgerliches Land alten Stils geblieben als etwa Deutschland, die Vereinigten Staaten und selbst England.

Trotz alledem ist auch in Frankreich eine faschistische Bewegung auf dem Plan erschienen. Sie ist nicht nur eine Nachzüglerin aller jener Bewegungen aus der Mac Mahon-, der Boulanger- und der Dreyfuss-Zeit, mit denen die Entschlossenheit der militanten Republik fertig geworden ist, sondern auch eine Parallelerscheinung zum Faschismus der anderen Staaten. Die zahlreichen untereinander bitter verfeindeten Gruppen und Grüppchen, die teils neu entstanden, teils durch die politische Konjunktur zu vorübergehender Beachtung gelangt sind, führen als Fracht in verschiedener Auswahl, Mischung und Dosierung die alten Ladenhüter des Antirepublikanismus mit sich: Militarismus, Nationalismus, Antisemitismus, Antiparlamentarismus, Monarchismus und Bonapartismus, dazu als betont modernes Requisit den Antimarxismus in neuer Aufmachung.

Seit etwa zwei Jahren hat die unter Führung des ehemaligen Oberstleutnants de la Rocque stehende Bewegung der Croix de Feu die anderen Gruppen weit überflügelt; sie erfreut sich eines

nicht unbeträchtlichen Zuwachses, der sie auf etwa 200,000 Mitglieder gebracht haben soll. Sie war an den antiparlamentarischen gegen die von den Sozialisten unterstützte Regierung der Radikalen gerichteten Strassenunruhen des 6. Februar führend beteiligt, die zwar von der Staatsgewalt abgewehrt wurden, aber den Zusammenbruch der Kartellregierung bewirkt und die seitdem regierende Koalition der nationalen Union ans Ruder gebracht haben. An diese Liga der Feuerkreuzler denkt man in erster Linie, wenn man in Frankreich von einer faschistischen Gefahr spricht. Uebungen und Aufmärsche, die eine beachtliche Disziplin, Organisation und Einsatzbereitschaft beweisen, eine weitgehende Militarisierung, die Verfügung über bedeutende materielle Mittel, Flugzeuge und Automobile, provokatorische Reden und Handlungen lassen keinen Zweifel, dass die Bildung der ersten Bürgerkriegsarmee Frankreichs weit fortgeschritten ist.

Aber eine Massenbasis mangelt auch dieser Truppe völlig. Ihre Führung könnte es nicht wagen, in einem einzigen Wahlkreis einen Kandidaten zu präsentieren. Es fehlt ihr ein grösserer Widerhall in der Oeffentlichkeit. Ihre verworrene Stellungnahme zu den wichtigsten politischen Problemen bleibt unbeachtet, sie wirkt weder aufrüttelnd noch mitreissend. Weder im Bauerntum, noch unter den Arbeitslosen haben ihre Parolen bisher Anklang gefunden. Eine schlagartige Bedeutung, eine plötzlich grosse Publizität hat sie in kritischen Augenblicken gewonnen, so am 6. Februar 1934, so bei den letzten Regierungskrisen des Juni, die sich in schneller Folge wiederholten: wenn die republikanischen Institutionen zu versagen drohen, wendet sich das Interesse den Gegnern der Republik zu und diese gelangen zu einer ihnen sonst versagten Beachtung.

Das Auftauchen der faschistischen Bewegung hat sogleich zu einer kraftvollen Gegenwirkung der Republikaner geführt. Im Gefühl des Anwachsens der faschistischen Gefahr tendiert die Republik wie auch in den vergangenen Jahrzehnten ihrer Bedrohung instinktgemäss nach links. Die Kommunalwahlen vom Mai bestätigten neben einer nach 6 Jahren Wirtschaftskrise erstaunlichen Stabilität der Parteiverhältnisse doch auch eine fühlbare Verstärkung der Position der Linken. Die eindrucksvollen gewaltigen Demonstrationen am Nationalfeiertage zeugten von der Zunahme des antifaschistischen Abwehrwillens im ganzen Lande. In der gemeinschaftlichen Gegenaktion wirkten die gesamte politische Linke von der bürgerlich-radikalen bis zur kommunistischen Partei, die Gewerkschaften und zahlreiche soziale und kulturelle Vereinigungen zusammen. Nicht die faschistische Bewegung, sondern die antifaschistische Abwehrbewegung bestimmt zur Zeit das Gesicht des Landes.

Deswegen ist die faschistische Gefahr aber noch nicht beseitigt oder auch nur für längere Zeit gebannt. Sie kann in ihrer ganzen Grösse als Wirkung eines Versagens des Parlamentarismus

auf politischem und als Konsequenz der Deflationspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet auftauchen. Es ist das Verdienst der Confédération Générale du Travail, auf diese Gefahren hingewiesen, sie zur Debatte gestellt und positive Vorschläge zu ihrer Abwehr ausgearbeitet zu haben.

Der politischen Situation im Land entspricht nämlich nicht die parlamentarische Lage in der Kammer. Die gleiche radikale Partei, die im Land als integrierender Teil der Gesamtlinken erscheint, und deren Führer und Wähler in Opposition gegen den Kurs Herriots sogar den Sieg eines Sozialisten gegen ein Mitglied ihres eigenen rechten Flügels bei einer Nachwahl gesichert haben, besetzt in der Regierung Laval die wichtigsten Posten, Inneres und Unterricht, Wirtschaft und Finanzen: in jener Regierung also, gegen die die Sozialisten in schärfster Opposition stehen und die eine von den Radikalen im Lande selbst bekämpfte Politik treibt.

Diese Zwiespältigkeit rührt nicht nur von dem Widerstreit der Meinungen innerhalb der grössten bürgerlichen Partei Frankreichs her. Die Sozialisten selbst wünschten bisher, wie ihre Taktik beweist, vor den Wahlen des nächsten Jahres nicht zu regieren. Auch das Doppelspiel der Kommunisten, die Léon Blum höflich zur Regierungsübernahme einladen und ihm bei Wohlverhalten wohlwollende Förderung, doch nicht etwa Teilnahme an der Verantwortung zusagen, erhöht ihre Neigung dafür nicht. Die Erfahrungen einer Kartellregierung, die von aussen her von den Sozialisten je nach ihren Massnahmen gehalten oder gestürzt wird, sind ihrerseits wiederum so wenig erfreulich und haben zu einem so peinlichen Abschluss geführt, dass die Wiederholung des Experimentes der Jahre 1932 und 1933 von den Radikalen abgelehnt wird. Diese rein taktischen Erwägungen entspringende Haltung der Parteien, die die Mehrheit des Parlaments bilden, macht jedoch das Funktionieren der parlamentarischen Maschine immer schwieriger. Es droht sich der typische Fall einer oppositionellen Mehrheit zu entwickeln, die zu gemeinschaftlicher Regierungstätigkeit nicht fähig und willens ist. Das hat bereits die Regierungsbildung während der letzten Frankenkrise sehr erschwert. Zu einer unmittelbaren Gefahr wird eine solche Lage, wenn nur durch schnelle Entschlussfähigkeit der Parlamentarismus die Einwendungen gegen seine Existenzberechtigung in Krisenzeiten widerlegen kann. Sie ist noch erschwert angesichts der Abhängigkeit des Bestandes der Regierung von dem parlamentarischen Votum jedes Augenblicks im System der französischen Demokratie. Hier kann die Krise sich entwickeln, die Lücke entstehen, die dem Faschismus den Einbruch in das französische Staatssystem erlaubt und die Verbindung seiner Taktik mit der der parlamentarischen Rechten und Mitte herbeiführen könnte, die die ganze politische Lage von Grund auf verändern würde.

Die unbefriedigende parlamentarische Situation aber macht

auch allein die Fortführung der Deflationspolitik möglich, die selbst in einem mit den geschilderten Abwehrkräften gegen die Wirkungen der Krise ausgestatteten Volke die Dispositionen für die Ausbreitung des Faschismus schafft. Denn auch solche Kräfte nutzen sich einmal ab und verbrauchen sich. Der Abbau der Löhne und Gehälter, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Aufzehrung von Reserven des Mittelstandes, das Schwinden der Kaufkraft führen auch in Frankreich allmählich zur Lähmung des Wirtschaftswillens und zur Ausdörrung des gesamten Wirtschaftsorganismus. Der Preisverfall für landwirtschaftliche Produkte trotz aller Stützungsmassnahmen, die Verminderung der Gesamtlohnsumme um 33% (bei nur 17%igem Preisrückgang) gegen 1930, das ständige Sinken des Aussenhandels, das Darniederliegen des Baumarkts mit Massenarbeitslosigkeit der Bauarbeiter, der Verkehrsrückgang drückt sich allmählich in immer höheren Prozentsätzen aus. So wird auch hier das Denken des Mittelstandes und von Teilen des Proletariats den bekannten Wandlungen unterliegen, wenn nicht eine andere Wirtschaftspolitik diesem ganzen Prozess Einhalt gebietet. Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung im Juni waren der Ausdruck der Tatsache, dass eine Kammermehrheit diese Wahrheiten begriffen hatte, aber nicht fähig war, aus der Verurteilung der Deflationspolitik die Konsequenzen zu ziehen; diese konnten nur in der Schaffung und Durchsetzung des Programms einer konstruktiven Wirtschaftspolitik bestehen.

So wurde die Krise nicht nach dem eigentlichen Mehrheitsprinzip, sondern gemäss den Forderungen des Finanzkapitals und der Bank von Frankreich gelöst, für deren Befriedigung sich schliesslich eine andere Mehrheit bildete und Laval die Vollmachten« zur Rettung des Franc » erteilte. Denn im Augenblick, der Entscheidungen verlangt, setzt sich die schlechte Lösung gegenüber einem an sich besser begründeten Willen durch, wenn dieser sich in der Abwehr erschöpft, die Verantwortung für eine eigene Aktion nicht zu übernehmen, eine Gemeinsamkeit der Gesichtspunkte für sie nicht zu finden vermag.

Eine sachliche Lösung der wirtschaftlichen Nöte Frankreichs stellen die mehr als 100 Juli- und Augustdekrete eines rigorosen Generalabbaus freilich ebenso wenig dar, wie ihre massvolleren Vorgänger der letzten Jahre. Der verstärkte Einnahmerückgang wird der Ausgabenverminderung auf dem Fuss folgen; die Opfer werden gebracht, aber das Budget nicht saniert, die Wirtschaft kränker und die Finanzen nicht gesünder werden. Die unzureichenden Preissenkungen und die beschleunigten Arbeitsbeschaffungsmassnahmen verlieren sich in der Konkursmasse einer in der Grundanlage verfehlten Politik.

Die Confédération Générale du Travail sieht die dadurch geschaffene Lage als überaus ernst an. Das veranlasst sie nicht nur, mit allem Eifer die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu erstreben, die die Kommunisten

1920 zerstört haben; die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschafft hofft ihre Einheit wieder finden zu können. Aber die C. G. T. wird, wie die Vorverhandlungen und wie ihre Kritik an der Stellungnahme der Komintern zu dieser Frage beweist, keine gewerkschaftlichen Grundgedanken preisgeben und keine Zweideutigkeiten dulden, sie wird weder Fraktionsbildung noch direkte oder verschleierte Einmischung politischer Instanzen in die Freiheit und völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung zulassen, über die gerade die Franzosen eifersüchtig wachen.

Die C. G. T. drängt aber auch seit längerem darauf, durch eine konstruktive Politik nach den Richtlinien ihres bekannten «Plans der Arbeit» die Deflationspolitik abzulösen und dem Faschismus dadurch den Weg zu verlegen. Dass dieser Plan der Arbeit als Grundlage des Sammlungsgedankens von Vertretern einer Reihe von politischen Parteien und Organisationen von den Radikalen bis zu den Kommunisten in einer von Jouhaux präsidierten Sitzung angenommen worden ist, bedeutet unstreitig einen grossen Erfolg. Aber dieses prinzipielle Bekenntnis genügt nicht. Haben die beiden grossen Parteien der Linken, Sozialisten und Radikale, den Willen, die Macht zu übernehmen, sind die Radikalen bereit, ihre bisher konservative Wirtschaftspolitik zugunsten einer Politik der Kaufkrafterhaltung preiszugeben, sind die Sozialisten willens, ihre nicht minder konservative Abstinenzpolitik zu opfern und ihre Macht und Ideen in der Gegenwart einzusetzen? Vor dies Problem der Verantwortung stellen die Gewerkschaften die Parteien, für seine sachliche Lösung stellen sie ihre Ideen zur Krisenüberwindung zur Verfügung, politisch sehen sie in ihnen das gegebene Mittel zur positiven Ueberwindung der faschistischen Gefahr, das sie unermüdlich propagieren. In diesem Sinne schrieb das französische Gewerkschaftsorgan «Le Peuple» nach dem 14. Juli:

> «Der Antifaschismus hat noch einige Wochen Frist bis zu dem Termin, an dem Laval und seine deflationistischen Massnahmen scheitern werden. Die dringendste Aufgabe muss die Ausnutzung dieses Zeitraums zur Vorbereitung einer positiven Arbeit sein; und darum werden wir uns bemühen.
>
> Die Führer der antifaschistischen Organisationen aber würden die gewaltige Menge von Anhängern verraten, die ihnen Vertrauen schenkt und ihrem Rufe gefolgt ist, wenn sie es nur bei negativen Parolen bewenden liessen. Gewiss ist auch deren Bedeutung unbestreitbar; aber heute mehr denn je springt es in die Augen, dass sie allein nicht genügen.»